

Juli 2014

Positionspapier II

Krisenmanagement in Europa im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine

Task Force für Zusammenarbeit im Größeren Europa



PISM



Über die Task Force

Die „Task Force für Zusammenarbeit im Größeren Europa“ erarbeitet Vorschläge mit dem Ziel, es allen Ländern der Region zu erleichtern, entschlossen mit dem kostspieligen Erbe des Kalten Krieges zu brechen und sich wirksam auf die Bewältigung der neuen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu konzentrieren. Sie untersucht die Ursachen des derzeitigen Misstrauens zwischen den entscheidenden Ländern und Akteuren in der Region, macht Vertrauensbildung zum zentralen Thema ihrer Überlegungen und erarbeitet die Grundprinzipien und die Vision für ein kooperatives Gesamteuropa sowie eine Reihe von notwendigen praktischen Schritten, um die internationalen Beziehungen auf dem Kontinent in diese Richtung zu bewegen.

Die Task Force stützt sich auf die Förderung und unabhängige analytische Arbeit des European Leadership Network (ELN), des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten (RIAC), des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (PISM) und der Organisation für Internationale Strategische Forschung in Ankara (USAK). Die Task Force hat die folgenden bestätigten Mitglieder:

Adam Daniel Rotfeld (Polen), ehemaliger Außenminister, (Ko-Vorsitzender der Task Force);

Igor S. Ivanov (Russland), ehemaliger Außenminister, Präsident, Russian International Affairs Council, korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, (Ko-Vorsitzender der Task Force);

Özdem Sanberk (Türkei), ehemaliger Ständiger Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, und ehem. außenpolitischer Chefberater des Premierministers (Ko-Vorsitzender der Task Force);

Des Browne (UK), ehemaliger Verteidigungsminister (UK) (Ko-Vorsitzender der Task Force);

Ana Palacio (Spanien), ehemaliger Außenminister;

Paul Quilès (Frankreich), ehemaliger Verteidigungsminister und ehemaliger Vorsitzender des Verteidigungs- und Streitkräfteausschusses der Nationalversammlung;

Hervé Morin (Frankreich), ehemaliger Verteidigungsminister;

Malcolm Rifkind (UK), ehemaliger Außen- und Verteidigungsminister;

Volker Rühle (Deutschland), ehemaliger Verteidigungsminister;

Tarja Cronberg (Finnland), Mitglied des Europäischen Parlaments und ehemalige Direktorin des Kopenhagener Friedensforschungsinstituts (COPRI);

Wjatscheslaw I. Trubnikov (Russland), ehemaliger Direktor des Russischen Auslandsgeheimdienstes, General a.D. der Armee (FTE), ehem. Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Russischen Föderation;

Igor Yu. Yurgens (Russland), Vorstandsvorsitzender des Instituts für moderne Entwicklung, Vize-Präsident der Russischen Union der Industriellen und Unternehmer;

Anatoliy Adamishin (Russland), ehemaliger stellvertretender Außenminister und Botschafter in Großbritannien, Präsident der Vereinigung der euro-atlantischen Zusammenarbeit, und Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Russischen Föderation;

Vitaly V. Zhurkin (Russland), emeritierter Direktor des Institut für Europa der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAS), Vollmitglied der RAS.

Ruslan S. Grinberg (Russland), Direktor der RAS-Instituts für Ökonomie, korrespondierendes Mitglied der RAS;

Alexej Gromyko (Russland), stellvertretender Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAS IE);

Anatoliy Torkunov (Russland), Rektor der Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen des Außenministeriums der Russischen Föderation (RF MFA), RAS-Vollmitglied, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Russischen Föderation

Dieses Papier ist nur im Namen der Mitglieder der Task Force veröffentlicht, die es unterzeichnet haben.

Updates über Projektaktivitäten werden auf den Webseiten von ELN, PISM, RIAC und USAK auf den folgenden Adressen veröffentlicht: www.europeanleadershipnetwork.org; www.pism.pl; www.russiancouncil.ru; www.usak.org.tr.

Für weitere Informationen und Hintergründe über das Projekt können Sie über eine der folgenden Personen Kontakt aufnehmen:

Dr. Ian Kearns

Direktor, ELN, London

iank@europeanleadershipnetwork.org | Tel: +44 (0)203 176 2552

www.europeanleadershipnetwork.org

Jacek Durkalec

Projekts für Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle, PISM, Warschau

durkalec@pism.pl | Tel: +48 (22) 556 80 00

www.pism.pl

Andrei Kortunov

Generaldirektor, RIAC, Moskau

akortunov@neweurasia.ru | Tel: +7 (495) 225 6283

www.russiancouncil.ru

Botschafter Özdem Sanberk

Direktor, USAK, Ankara

merkez@usak.org.tr | Tel: +90 (0312) 212 28 86

www.usak.org.tr

KRISENMANAGEMENT IN EUROPA IM ZUSAMMENHANG MIT DEN EREIGNISSEN IN DER UKRAINE

1. Einführung

In einem früheren Arbeitspapier vom Februar 2014 äußerte die Task Force ihre Sorge, dass – falls die Europäer nicht endlich damit beginnen, sich für ein neues Projekt der Zusammenarbeit im Größeren Europa (Cooperative Greater Europe) einzusetzen – die Gegensätze zwischen der EU und Russland über die Ukraine sowie zwischen der NATO und Russland über andere Fragen zu einer neuen Periode der Konfrontation in Europa führen könnten .

Aus dieser Befürchtung ist nun leider Wirklichkeit geworden.

Infolge dessen – obwohl wir weiterhin von der Notwendigkeit des längerfristigen Einsatzes für Zusammenarbeit im Größeren Europa überzeugt sind – machen es die heutigen Umstände viel schwieriger, sich ein solches Europa vorzustellen. Wenn dieses Ziel aber seine Gültigkeit und Glaubwürdigkeit für die Zukunft haben soll, muss der Weg zu seiner Verwirklichung mit dem effektiven Management der aktuellen Krise beginnen.

Deshalb stellen wir in diesem Papier Maßnahmen vor, die zur Stabilisierung und Verbesserung des internationalen Umfelds der aktuellen Krise beitragen können. Dabei benennen wir Mindestbedingungen für jeden Ansatz einer breiteren und tieferen Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Westen, die in Zukunft wirklich ernst genommen werden sollten.

2. Die aktuelle Krise und die von ihr ausgehenden Gefahren für alle Beteiligten

Es liegt auf der Hand, dass die russischen und westlichen Auffassungen über die Krise in der Ukraine weit auseinander klaffen. Aber die Tragödie um das malaysische Flugzeug im Luftraum über der Ukraine hat vor Augen geführt, wie gefährlich die gegenwärtigen Umstände sind und wie groß die Gefahr einer weiteren Eskalation der Krise ist. In den letzten Wochen hat ein Teufelskreis aus bitteren Anklagen, Gegenanklagen sowie ins Stocken geratenen diplomatischen Initiativen zur Verschlechterung des politischen Klimas beigetragen.

1 Es ist an der Zeit, sich für Zusammenarbeit im Größeren Europa einzusetzen. Positionspapier der Task Force, 30. Januar 2014. http://www.europeanleadershipnetwork.org/it-is-time-to-pursue-a-cooperative-greater-europe_1167.html

Russische Streitkräfte wurden nahe der ukrainischen Grenze stationiert und haben dort Übungen durchgeführt. Die NATO kündigte die Stationierung zusätzlicher Streitkräfte in Osteuropa an.

Die Situation in der Ukraine ist weiterhin höchst instabil, begleitet von eskalierender Gewalt, offenbar auch von Aktivitäten bewaffneter Milizen auf beiden Seiten, und von Anzeichen einer wachsender Radikalisierung der Bevölkerung in Ost und West.

In diesem Zusammenhang schätzen und begrüßen wir selbstverständlich die Bemühungen der OSZE-Verhandlungsführer und Anderer, begrenzte Verhandlungslösungen zu erreichen. Wir sind jedoch tief besorgt, dass die Lage vor Ort weiter eskalieren und zu einer Gefahr für die Sicherheit eines jeden in der Ukraine und in Europa werden kann.

Um solch eine Entwicklung der Krise zu vermeiden, drängen wir alle Seiten, die potenziellen Kosten und die der aktuellen Situation innewohnenden Gefahren zu erkennen. Wir fordern daher die politischen Entscheidungsträger auf, sich einiger grundlegender Lehren aus dem Krisenmanagement während des Kalten Krieges zu erinnern.

3. Grenzen der Wirksamkeit des einseitigen Handelns von externen Akteuren

Ein wichtiger Ausgangspunkt ist die Anerkennung der Tatsache, dass die wichtigsten internationalen Akteure der Krise zwar politische Optionen für unilaterale Maßnahmen haben, diese aber jeweils nur sehr begrenzte Erfolgsaussichten haben und in der Praxis mit erheblichen Kosten verbunden sind.

Es gab im Westen viele Spekulationen, zum Beispiel ob Russland die Option einer direkten militärischen Intervention im Osten der Ukraine vorbereite. Eine solche Intervention ist theoretisch gewiss möglich, obwohl eine solche Absicht sowohl von den russischen Unterzeichnern dieses Dokuments als auch von der russischen Regierung in Moskau nachdrücklich bestritten wird. Selbst wenn eine solche Intervention jemals stattfinden würde, hätte sie erhebliche und potentiell schwerwiegende Folgen für Russland selbst. Sie würde einen Großteil der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland unterbrechen, höchstwahrscheinlich die Bewältigung von Flüchtlingsströmen erfordern; und weil viele Ukrainer Russland die Anstiftung zum Separatismus vorwerfen würden, würde die Ukraine wahrscheinlich auf lange Sicht eine feindliche Haltung gegenüber Russland an den Tag legen.

Auf der anderen Seite wären schwerwiegende Sanktionen der EU und der USA gegen Russland möglich, deren Einführung viele der nicht-russischen Unterzeichner dieses Dokuments nicht nur befürwortet haben, sondern deren weitere Verschärfung sie unterstützen. Solche

Sanktionen hätten auch erhebliche Kosten für die russische Volkswirtschaft zur Folge. Aber alle Unterzeichner dieses Dokuments erkennen auch, welchen negativen Einfluss erweiterte Sanktionen auch auf die Wirtschaft verschiedener EU-Länder haben könnten. Des Weiteren stimmen sie weitestgehend überein, dass damit zusätzlich nationalistische Haltungen in Russland angestachelt und die pro-russischen Haltungen im Osten der Ukraine verhärtet würden, was wiederum die Krise dort verschlimmern würde.

Darüber hinaus haben weder Russland noch die EU die Ressourcen oder Kapazitäten für ein unilaterales Bailout zur Rettung der ukrainischen Wirtschaft und zur Unterstützung ihrer Transformation in einen voll funktionsfähigen Zustand. Es wäre billiger und besser für alle, auch für die Ukraine, wenn ein Weg gefunden würde, um ihre Volkswirtschaft sowohl mit der Russlands als auch der EU zu integrieren.

Was auch immer unsere Meinungsverschiedenheiten zu anderen Fragen sind, die Lektion, welche die Unterzeichner dieses Dokuments aus all dem ziehen, ist, dass keine der einseitigen Maßnahmen, von welcher Partei auch immer, für einen optimalen Ausweg nach vorn geeignet sind. In jedem Fall wäre eine kooperative Lösung vorzuziehen, bei der annehmbare Bedingungen für alle gefunden werden.

Innerhalb der Ukraine ist es nun wichtig, den Verhandlungsprozess der OSZE von allen Seiten zu unterstützen und zu respektieren. International jedoch benötigen wir während dieses Verhandlungsprozesses zusätzliche Maßnahmen, um außerhalb der Ukraine Rahmenbedingungen zu entwickeln, die diese Verhandlungen unterstützen und nicht noch mehr Probleme schaffen. Auch müssen wir Maßnahmen ergreifen, die sicherstellen, dass es zu keiner unbeabsichtigten Eskalation der Krise kommt.

4. Die Unzulänglichkeit des derzeitigen Krisenmanagements zwischen NATO/EU und Russland

Gerade letztgenannte Sorge ist von erheblichem Ausmaß, da sowohl die Arrangements zum Krisenmanagement zwischen NATO und Russland als auch zwischen EU und Russland unzureichend sind. Der NATO-Russland-Rat hat sich kaum getroffen, seit die Krise in der Ukraine ausbrach. Trotz der jüngsten Telefonkontakte zwischen hochrangigen Militärvertretern Russlands und der NATO, gibt es derzeit so gut wie keinen wirksamen Informationsaustausch über Stationierungen von Militär in der euro-atlantischen Region. Vereinbarungen über ein Krisenmanagement zwischen EU und Russland existieren auch nicht.

Dies ist eine besonders besorgniserregende Situation angesichts der jüngsten Vorfälle im Schwarzen Meer oder auch in Slawjansk im Osten der Ukraine. Im ersteren Fall kamen sich ein russisches Militärflugzeug und ein US-Kriegsschiff gefährlich nahe. Im letzteren Fall

entführten Streitkräfte vor Ort internationale Militärbeobachter und hielten sie für mehrere Tage gefangen, was das Risiko einer unbeabsichtigten und ungeplanten Einbeziehung externer Akteure in den Konflikt erhöhte.

5. Empfehlungen zum Krisenmanagement

Wir fordern daher die NATO, die EU und Russland auf:

- Üben Sie volle militärische und politische Zurückhaltung aus und ergreifen Sie Schritte, um alle ihre jeweiligen Verbündeten und Partner in der weiteren Region zu militärischer und politischer Zurückhaltung zu ermutigen und diese durchzusetzen;
- Verfolgen Sie Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation, des Informationsaustauschs und der Transparenz zwischen den Militärs, was im allseitigen Interesse liegt, und
- Engagieren Sie sich im direkten gegenseitigen Dialog - zur Unterstützung des Dialogs zwischen den Akteuren innerhalb der Ukraine sowie zwischen ukrainischen und dritten Akteuren außerhalb des Landes.

Im Folgenden erläutern wir diese Anregungen im Detail:

5.1 Krisenmanagement durch militärische und politische Zurückhaltung

Die Vorfälle sowohl im Schwarzen Meer als auch in Slawjansk veranschaulichen jeweils auf ihre Weise das Potenzial für den Verlust der Kontrolle über die Ereignisse vor Ort und für das Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation der Krise. Um dies zu vermeiden, sollten die politischen Führungen auf allen Seiten ihre militärischen Einsatzregeln überprüfen und sicherstellen, dass durch die gesamte militärische Befehlskette klare Anweisungen zur Zurückhaltung gegeben werden.

Darüber hinaus müssen sich die politischen Führungskreise im gesamten euro-atlantischen Raum daran erinnern und erneut zur Kenntnis nehmen, dass die Ukraine nicht der einzige potenzielle Brennpunkt in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen ist. So existieren ungelöste Konflikte in Moldau/Transnistrien, in Georgien/Südostetien/Abchasien und zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach.

Niemand hat ein Interesse daran, dass einer oder mehrere dieser Konflikte ausbrechen und der aktuellen Krise eine neue Dimension zufügen. Die NATO und ihre Mitglieder, die EU und Russland müssen daher nicht nur bei ihren eigenen politischen Maßnahmen und Aktivitäten ein Maximum an Zurückhaltung gegenüber diesen Konflikten ausüben, sondern sie müssen auch auf der Hut sein und ihren Einfluss nutzen, um jeden der involvierten lokalen Akteure

davon abzuhalten, zu einer unbeabsichtigten Eskalation oder Ausweitung der derzeitigen Spannungen zwischen Russland und dem Westen beizutragen.

Dies erfordert ein hohes Maß an Achtsamkeit und politischer Führung in den jeweiligen Politiken gegenüber der gemeinsamen Nachbarschaft – gepaart mit der klaren Aufforderung zur strikten Zurückhaltung an alle lokalen politischen und militärischen Führer sowie an andere relevante Akteure vor Ort.

5.2 Krisenmanagement durch verbesserte Kommunikation und Transparenz zwischen den Militärs

Im Verlauf der Ukraine-Krise haben militärisches Misstrauen und Angst in Europa zugenommen. Unserer Auffassung nach müssen wir dies dringend auf eine Weise angehen, die einerseits sowohl NATO-Staaten als auch Drittstaaten gegenüber russischen Absichten rückversichert und andererseits russische Sorgen gegenüber der NATO gleichermaßen ernst nimmt. Dabei sind Maßnahmen zur Erhöhung der militärischen Transparenz, Berechenbarkeit und Stabilität von entscheidender Bedeutung. Solche Maßnahmen können die Unabhängigkeit aller Staaten in der euro-atlantischen Region ebenso wie die Berücksichtigung ihrer Interessen stärken. Wir drängen daher alle Seiten, die an der weiteren Ausarbeitung des Wiener Dokuments (der OSZE) teilnehmen, die Quota für gegenseitige Auswertungsbesuche zu erhöhen und die Einführung von regionalen Militärverbindungsmissionen zu erwägen und reziproke Vereinbarungen zwischen den Staaten abzuschließen, die einer begrenzten Zahl von Offizieren die Beobachtung militärischer Aktivitäten in vereinbarten Regionen des euro-atlantischen Raums erlauben. Wir empfehlen darüber hinaus den zusätzlichen Austausch von Informationen und Daten über Truppenaktivitäten außerhalb ihrer jeweiligen Garnisonen sowie Klarheit über die Stationierung von Streitkräften.

Solche Maßnahmen würden im Zusammenhang der aktuellen Krise helfen, alle Ängste vor militärischen Überraschungsangriffen zu beseitigen. Es gibt derzeit nur wenige Maßnahmen, die noch mehr zur Erhöhung der Stabilität unter den aktuellen Umständen beitragen könnten.

5.3 Krisenmanagement durch Dialog

Es ist auch wichtig, dass die NATO, die EU und Russland sich in einem erweiterten Dialog engagieren. Es reicht nicht aus zu glauben, man könne ‚business as usual‘ betreiben, wenn Dialog dringend geboten ist.

Der NATO-Russland-Rat sollte angesichts der aktuellen Umstände häufiger – und nicht weniger – zusammenkommen.

Darüber hinaus ist ein grundlegender Dialog über Kernfragen der Schlussakte von Helsinki notwendig. Bekanntlich gibt es bei Fragen der nationalen Souveränität und des Rechts auf Intervention einerseits und bei Fragen der territorialen Integrität und des Rechts auf Selbstbestimmung und Abspaltung andererseits eine tiefe Kluft zwischen den unterschiedlichen Auslegungen und Auffassungen Russlands und des Westens. Darüber muss ernsthaft diskutiert und debattiert werden. Wenn es derzeit zu schwierig ist, dies via formeller diplomatischer Kanäle anzusprechen, dann sollten die Führungen aller relevanten Parteien robuste Track-II-Aktivitäten unterstützen, um somit einen ernsthaften Dialog sicherzustellen.

Außerdem, und wie bereits erwähnt, kann der Wirtschaft der Ukraine letztendlich nur geholfen werden, wenn sie sich sowohl mit den Volkswirtschaften der EU als auch Russlands integrieren kann. Angesichts dieser Realität sollten die EU und Russland einen diskreten Dialog über die künftige Schaffung eines möglichen gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok wieder aufnehmen. Wie wir in unserem ersten Task-Force-Papier bereits sagten, sind wir davon überzeugt, dass sich diese Idee einerseits mit der Idee einer Eurasischen Union und andererseits mit einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft ergänzen kann und diese nicht im Widerspruch zu einander stehen müssen. Wir wissen, dass wir heute noch weit von einem gemeinsamen Wirtschaftsraum entfernt sind. Gleichwohl gibt es keinen Grund warum detaillierte technische Arbeit an diesem Thema nicht fortgesetzt werden sollte, um somit schnelle Handlungsfähigkeit zu garantieren, sollten sich die politischen Rahmenbedingungen verbessern.

Der Weg zur Überwindung der aktuellen Krise erfordert auch den Dialog über die gemeinsamen Anliegen aller Seiten. Dialog an sich kann besser erzielt werden, wenn er sich mehr darum kümmert, dass die grundlegenden Menschen- und Minderheitenrechte geachtet und geschützt werden müssen. Es war von Anfang an klar, dass Klagen über Verletzungen der grundlegenden Menschen- und Minderheitenrechte die Krise in der Ukraine weiter vorangetrieben und die Meinungsverschiedenheiten zwischen Russland und dem Westen verschärft haben. Wir fordern daher alle Seiten auf, im Rahmen internationaler Strukturen und Vereinbarungen, die von allen relevanten Parteien unterzeichnet worden sind, mehr Achtsamkeit und Respekt gegenüber grundlegenden Menschen- und Minderheitenrechten zu zeigen.

6. Eindämmung der Schäden: Fortsetzung der Zusammenarbeit in anderen wichtigen Bereichen

Schließlich ist unserer Meinung nach Schadensbegrenzung notwendig. Trotz der schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten über die Ukraine, (und keiner von uns zweifelt daran, wie ernst diese sind), haben sowohl Russland wie der Westen wichtige gemeinsame Interessen und sollten daran erinnert werden, dass selbst während des Kalten

Kriegs die Parteien in der Lage waren, Vereinbarungen zur besseren Handhabung und Eindämmung der Auseinandersetzung abzuschließen.

Wenn das langfristige Projekt des Aufbaus eines kooperativen „Größeren Europas“ von der Nah-Tot-Erfahrung der momentanen Krise wiederbelebt werden soll, dann müssen wir daran arbeiten, wieder etwas Ähnliches voranzutreiben.

Die Zusammenarbeit über Afghanistan bleibt wichtig, sowohl vor als auch nach dem Abzug eines Großteils von ISAF. Die Zusammenarbeit über das iranische Atomprogramm im Rahmen der E3+3 Rahmen bleibt ebenso unerlässlich. Darüber hinaus müssen Russland, die EU und die NATO Wege der Zusammenarbeit finden, um dem Radikalismus und Extremismus in Syrien und anderswo im Nahen Osten oder in Zentralasien zu begegnen. Keine dieser drängenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verschwindet einfach. Der derzeitige Konflikt zwischen NATO, EU und Russland wird nur die wirtschaftlichen Kosten erhöhen und potentiell die Fähigkeiten aller Seiten schädigen, auf die weiteren Bedrohungen des 21. Jahrhunderts effektiv zu reagieren. Egal, wie schwierig die Aufgabe ist, es bleibt in unser aller Interesse, wenigstens um eine Zukunft zu ringen, die einen solchen Ausgang vermeidet.

Unterzeichner

Des Browne (UK), ehemaliger Verteidigungsminister (UK) (**Ko-Vorsitzender der Task Force**);

Igor S. Ivanov (Russland), ehemaliger Außenminister, Präsident, Russian International Affairs Council, korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, (**Ko-Vorsitzender der Task Force**);

Paul Quilès (Frankreich), ehemaliger Verteidigungsminister und ehemaliger Vorsitzender des Verteidigungs- und Streitkräfteausschusses der Nationalversammlung;

Hervé Morin (Frankreich), ehemaliger Verteidigungsminister;

Malcolm Rifkind (UK), ehemaliger Außen- und Verteidigungsminister;

Volker Rühle (Deutschland), ehemaliger Verteidigungsminister;

Tarja Cronberg (Finnland), Mitglied des Europäischen Parlaments und ehemalige Direktorin des Kopenhagen Friedensforschungsinstituts (COPRI);

Adam Daniel Rotfeld (Polen), ehemaliger Außenminister, (**Ko-Vorsitzender der Task Force**);

Özdem Sanberk (Türkei), ehemaliger Ständiger Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, und ehem. außenpolitischer Chefberater des Premierministers (**Ko-Vorsitzender der Task Force**);

Wjatscheslaw I. Trubnikov (Russland), ehemaliger Direktor des Russischen Auslandsgeheimdienstes, General a.D. der Armee (FTE), ehem. Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Russischen Föderation;

Hikmet Cetin (Türkei), ehemaliger Außenminister;

Anatolij Adamishin (Russland), ehemaliger stellvertretender Außenminister und Botschafter in Großbritannien, Präsident der Vereinigung der euro-atlantischen Zusammenarbeit, und Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Russischen Föderation;

Alexej Gromyko (Russland), stellvertretender Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAS IE)

Die Task Force für Zusammenarbeit im Größeren Europa

Die „Task Force für Zusammenarbeit im Größeren Europa“ erarbeitet Vorschläge mit dem Ziel, es allen Ländern der Region zu erleichtern, entschlossen mit dem kostspieligen Erbe des Kalten Krieges zu brechen und sich wirksam auf die Bewältigung der neuen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu konzentrieren. Sie untersucht die Ursachen des derzeitigen Misstrauens zwischen den entscheidenden Ländern und Akteuren in der Region, macht Vertrauensbildung zum zentralen Thema ihrer Überlegungen und erarbeitet die Grundprinzipien und die Vision für ein kooperatives Gesamteuropa sowie eine Reihe von notwendigen praktischen Schritten, um die internationalen Beziehungen auf dem Kontinent in diese Richtung zu bewegen.

Die Task Force stützt sich auf die Förderung und unabhängige analytische Arbeit des European Leadership Network (ELN), des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten (RIAC), des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (PISM) und der Organisation für Internationale Strategische Forschung in Ankara (USAK).



PISM

